
Kirche in der Revolution – Berlin vor 140 Jahren

Von Katharina Dang

Auf der Suche nach den Ursachen für den immer noch sinkenden Mitgliederstand unserer Kirche kommt man in die Zeit der Anfänge dieser Entwicklung – für Berlin sind dies vor allem die 30er und 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Mit dem Entstehen der modernen Industrie und der Arbeiterklasse verbunden war das Aufkommen des uns im Grunde bis heute prägenden Lebensstils und entsprechen-

den Lebensgefühls. Für die Prediger ergab sich die Frage, wie man darauf reagieren müsse: Anpassung oder Kampf?

Was aber erwarteten die Menschen damals von der Kirche und ihren Predigern? Es ist nicht einfach, aussagekräftiges Quellenmaterial dazu zu finden. Bei gedruckten Werken muß mit direkter oder indirekter Zensur gerechnet werden. Eine Ausnahme sind die ersten Monate der 48er Revolution. Im Unterschied zu den Zeiten vorher und nachher hatte damals jeder Mann (!) die Möglichkeit, seine Gedanken frei auszusprechen und seine Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten. So kam es zu einer Flut von Presseerzeugnissen, Flugblättern, Vereinsgründungen usw. Dieses Quellenmaterial heute noch zu sammeln und zu überschauen wäre sehr schwer, wenn nicht Adolf Wolff in seiner „Berliner Revolutionschronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, sozialen und literarischen Beziehungen“ (3 Bände, Berlin 1850–1854) dies für den Zeitraum vom 21. 2. bis zum 25. 6. 1848 schon getan hätte. Er war um möglichste Objektivität bei der Darstellung der Ereignisse bemüht, und kirchliche Themen werden von ihm nur insoweit angesprochen, wie sie für einen Bürger damals von Interesse und augenfällig waren.

So wird uns hier ein Blick in die Geschichte Berlins ermöglicht, der zu weiterem Fragen und Forschen nach dem tatsächlichen Verhalten von Kirche und Theologen in solchen Umbruchzeiten anregt. Aber er kann uns auch helfen, auf die Verflochtenheit von Kirche im sozialen Gefüge der Gesellschaft zu achten, nach sozialen Gesetzmäßigkeiten zu fragen und über die eigentliche Aufgabe von Kirche nachzudenken.

So soll der 140. Jahrestag der Revolution von 1848/49 im letzten und in diesem Jahr der Anlaß sein, auf die Problematik von dieser Seite aus hinzuweisen und zum Nachdenken darüber anzuregen.

1.

Berlin vor 140 Jahren, das bedeutete: Wirtschaftskrise. 6000 bis 7000 hungernde Arbeitslose und ihre Familien. Revolution in Paris. Flucht Metternichs. Aufhebung der Pressezensur, nur in Preußen nicht. Furcht der Buchdrucker, Verleger . . . um ihre Existenz. Wer liest ihre Zeitungen und Bücher noch, wenn unzensurierte zu haben sind? Der Ausweg aus der Krise: Pressefreiheit! – und überhaupt sichere bürgerliche Rechte, garantiert durch eine Verfassung, nun schon mehr als 30 Jahre versprochen! –, Versammlungsfreiheit, Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse . . . Einheit Deutschlands!

Der König Friedrich Wilhelm IV. muß geahnt haben, was bevorstand. Noch bevor die Nachricht von der Revolution aus Paris in Berlin eintraf, schrieb er an den Grafen von Redern: „Nach ihrem Vorschlag müßte ich der Revolution vorbeugen.“¹ Er lehnte ab. Österreich sei Deutschlands Haupt. Preußen an der Spitze Deutschlands, das war für ihn zu dieser Stunde Unterjochung (der freien selbständigen Fürsten) Deutschlands. Darin sah er Unrecht, und da machte er nicht mit.

Berlin vor 140 Jahren: Politische Diskussionen überall – große Volksversammlungen – Listen von Forderungen an den König – Militär greift ein, schlägt ein auf wehrlose

Bürger – Hetzjagden Vorübergehender, Niedergemetzelte – Proteste mehren sich. Der König verspricht schließlich doch die Einberufung des vereinigten Landtages und Pressefreiheit. Das Volk jubelt. Da fallen Schüsse. Das Volk verteidigt sich, baut Barrikaden . . ., läutet die Glocken zum Zeichen der Gefahr. Der Kampf währt bis in den Sonntagmorgen (19. März) hinein. Neben vielen anderen geht auch der Bischof Neander, begleitet von angesehenen Bürgern, zum König und überbringt die Forderung des Volkes: Rückzug des Militärs aus Berlin. Das Volk ruft: „Bravo, ihr Friedensstifter.“ Der König bleibt hart: Erst müssen die Barrikaden weg, dann werde er das Militär zurückziehen. Am Sonntagmorgen sind die Soldaten vom Kampf und den schon seit Tagen währenden nächtlichen Einsätzen erschöpft. Das Essen wird knapp. Der König gibt nach. Die Truppen ziehen ab. Dabei spielt das Militär Marschmusik. Das Volk verlangt einen Choral. Ein Offizier verbietet es und läßt wehmütige Weisen spielen. Die Barrikaden werden abgebaut. An diesem Sonntag finden bis auf ganz wenige Ausnahmen keine Gottesdienste in Berlin statt. So wie auch das übrige öffentliche Leben ins Stocken geraten war – der Post- und Bahnverkehr, die Theater . . . –, so erging es auch den Kirchen. Die Sprache fand man erst wieder, als es am Mittwoch darauf um die Beerdigung der Gefallenen ging.

Die evangelische Geistlichkeit setzte als Ersatz für die am Sonntag ausgefallenen Gottesdienste am Mittwochmorgen um 7 Uhr ein Morgengebet in allen Berliner Kirchen an. An der Beerdigung nahmen bis auf eine Ausnahme alle evangelischen Berliner Prediger teil, ebenso wie die Geistlichen der anderen Konfessionen, wozu man auch die Juden rechnete. Prediger Sydow, Kaplan Ruland von St. Hedwig und der Rabbiner Dr. Sachs hielten vor den vor der Neuen Kirche (dem sogenannten Deutschen Dom) aufgebahrten 183 der insgesamt 230 bürgerlichen Toten, darunter Frauen und Kindern, kurze Reden. Der Choral „Jesus meine Zuversicht“ eröffnete die Feier und begleitete den Zug, gesungen vom Domchor auf dem Opernplatz (heute August-Bebel-Platz). Der machtvolle Trauerzug bewegte sich am Schloß und dem sich verneigenden König vorbei bis zum Friedrichshain, wo der Prediger Sydow die Beerdigungsansprache hielt und Bischof Neander den Segen sprach. Für den Sonntag darauf ordnete der Berliner Magistrat in allen Berliner Kirchen Trauergottesdienste zum Andenken an die Gefallenen an.

Die Kirchen und Synagogen waren brechend voll. Am Freitag vorher waren noch 15 der 20 auf seiten des Militärs Gefallenen durch den Garnisons- und Divisionsprediger Ziethe beerdigt worden.

Von dem, was damals die Prediger sagten, ist kaum mehr als die Beerdigungsansprachen heute noch bekannt. Es waren Worte der Versöhnung und des Friedens – und das hatten politisch denkende Männer dieser Zeit geahnt. Deshalb wurde der Assessor Jung von einer Bürgerversammlung beauftragt, bei der Beerdigung im Friedrichshain eine Rede zu halten, in der die Lehren des Kampfes und der Opfer gezogen würden. Jung, der sich in diesen Tagen zu einem der angesehensten und beliebtesten Volksredner entwickelte, nahm die Worte Sydows von Versöhnung und Frieden auf, nannte aber als Bedingung für einen wahren Frieden gleiche Rechte und Pflichten, gleiche

Gesetze und Gerichte, gleiche Teilhabe an der Gesetzgebung für alle: Bürger und Soldaten, Bürger und Arbeiter. Bisher war das Wichtigste nur versprochen, nichts gewährt. Darum heiße es wachsam sein. Feinde werden genannt: die Angst furchtsamer Seelen und das Interesse derjenigen, die herrschen wollen auf Kosten anderer.

Es war eine politische Rede, mit der verhindert werden sollte, daß diese Toten umsonst gestorben waren, eine politische Rede, die eine Episode aus der Antike als Aufhänger benutzte, während Sydow vorher seine Predigt mit dem Wort vom Weizenkorn begann (Joh 12,25). Sydow aber hatte so getan, als hätten die Gefallenen durch ihren Tod alles schon erreicht. So zog er die Schlußfolgerung: „Scharren wir uns darum in treuem vaterländischen Gemeinsinn um unseren teuren König. Wie von neuem uns geschenkt, ist er ja an unsere Spitze getreten, um uns einer neuen herrlichen Zukunft entgegen zu führen . . .“ (Adolf Wolff, a. a. O., Bd. 1, S. 325) Sydow hielt keine Predigt, in der von den großen Taten Gottes, seinem Willen und seinem Wort die Rede war, sondern eine politische Ansprache, in der das Volk zum Vertrauen auf den König, zu Geduld und Ordnung aufgerufen wurde. Jung hielt etwas ganz anderes für nötig und zählte damit zu denen, auf die Sydow „Schande, unauslöschliche Schande“ . . . herabrief (ebenda, S. 324f.). Die beiden begegneten sich in den folgenden Wochen und Monaten noch mehrfach.

2.

In den ersten Wochen nach dem 18. März ließen die allermeisten Berliner Prediger im vorgeschriebenen Fürbittengebet der Gottesdienste den Namen des Prinzen von Preußen aus, weil dieser vom Volk als Schuldiger am Verhalten des Militärs gehaßt wurde. Ende April mahnte der Kultusminister, ihn wieder in die Fürbitte einzuschließen.

Am 1. Mai fanden die ersten allgemeinen, wenn auch nicht direkten Wahlen in Preußen statt. Wahlmänner wurden gewählt, die wiederum die Abgeordneten für die Preußische Nationalversammlung (die sogenannte Vereinbarerversammlung) und das Frankfurter Parlament zu wählen hatten. Als Wahlmänner für die Preußische Nationalversammlung wurden vier Berliner Prediger und ein Kandidat der Theologie gewählt, als solche für Frankfurt sieben, dazu ein Theologiestudent. Von diesen wiederum wurde nur einer in die Preußische Nationalversammlung gewählt: Der Prediger Sydow mit 63 Stimmen zusammen mit dem Assessor Jung, der 64 Stimmen erhielt, durch den 5. Wahlbezirk. Prediger Jonas wurde zu einem der Stellvertreter im 1. Wahlbezirk gewählt, nahm aber seine Wahl zum Abgeordneten durch Potsdam an.

Diese beiden Prediger gehören zu den wenigen der 44 in die Preußische Nationalversammlung gewählten Geistlichen aller Konfessionen, von denen die Öffentlichkeit aufgrund ihrer Reden Notiz nahm. Beide äußerten sich ablehnend zum Antrag des Abgeordneten Berends, daß die Versammlung in Anerkennung der Revolution erklären solle, die Kämpfer vom 18. und 19. März hätten sich ums Vaterland verdient gemacht. Sydow lehnte den Antrag ab, weil es zu den Rechten des Königs gehöre, staatliche und nationale Ehre zu erteilen, dies aber nicht ein Recht der Versammlung sei. Die Revolution als Tatsache erkannte er an, ebenso wie eine „völlig sittliche“ Teilnahme des einzelnen an

einer Revolution aus politischer Notwehr des Volkes. Dagegen sagte Jonas, daß eine Revolution dem religiösen und sittlichen Bewußtsein „schnurstracks entgegenlaufe“ (a. a. O., Bd. 3, S. 166).

Beide Prediger verursachten mit ihren Reden in der Versammlung Unruhe, die sich bis zum Tumult auswuchs. Und doch entschied man sich gleich darauf mit einer Mehrheit von 19 Stimmen gegen eine Abstimmung des Antrags von Berends und für den Übergang zur Tagesordnung. Das Volk war vor allem gegen Sydow erbost, der mit seiner Rede das in ihn gesetzte Vertrauen enttäuscht hatte.

Jedoch gab es auch anders gesinnte Prediger in der Nationalversammlung, so Pastor Müller aus Wohrlau, der anlässlich des Gedenkzuges für die Gefallenen am 4. Juni 1848 im Namen der Provinzen den Berlinern Anerkennung dafür aussprach, daß sie ihr Blut vergossen und damit der Freiheit eine Gasse gebrochen hatten. Auch der Abgeordnete Berends war wie einige andere der konsequentesten Berliner Volksführer ursprünglich Theologe gewesen, ehe er sich wegen Verweigerung seiner Anstellung durch das Konsistorium aufgrund seiner Pfarrwahlpredigt nach einem anderen Beruf umsehen mußte und Buchdrucker wurde.

Noch weiter als Berends ging der Theologiestudent Arnold in seiner Rede auf der Wahlmännerversammlung in der Waisenhauskirche Anfang Mai. Er begründete seine Kandidatur für Frankfurt damit, daß er selbst Arbeiter gewesen sei, bevor er Student geworden war, und sich immer noch als Arbeiter, „als ein Bruder der Enterbten betrachte“ (ebenda, Bd. 2, S. 425). Das erregte Murren in der Versammlung der Wahlmänner, ebenso wie seine gesamte Rede mit ihrer Forderung nach einer Republik statt eines konstitutionellen Königtums. Er wurde nicht gewählt!

Aber nicht nur auf vermittelnder und linker Position standen Theologen in diesen Tagen. Andere, die anfangs gegenüber der gewaltigen positiven Würdigung der Revolution in der öffentlichen Meinung Berlins und Deutschlands geschwiegen oder sogar Berlin fluchtartig verlassen hatten, meldeten sich allmählich wieder zu Wort. Der Theologieprofessor Hengstenberg kehrte nach Berlin zurück, und die von ihm herausgegebene Evangelische Kirchenzeitung wurde das erste Berliner Presseorgan, das den Kampf gegen die neue Zeit aufnahm, und zwar in Form der Bekämpfung des im Schleiermacherschen Sinne sein Amt verwaltenden Kultusministers Graf Schwerin. Schon im April kündigte sich durch fliegende Blätter die Neue Preußische Zeitung an, die unter dem Zeichen des eisernen Kreuzes der Befreiungskriege und ihrer Losung antrat: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“, daher kurz „Kreuzzeitung“ genannt. Wie hier, so wurde an vielen Orten Preußens der Ruf derer vernehmbar, die fürchteten, durch die Revolution ihre Privilegien zu verlieren, unter dem Zeichen des Kreuzes und dem Hinweis auf Gott. Es waren Adlige, Gutsbesitzer, Beamte und vereinzelt auch Pastoren, die Aufrufe und Petitionen mit entsprechenden Zielen unterschrieben.

3.

Wie aber sahen die Zeitgenossen die Rolle der Kirche in dieser ereignisreichen Zeit? Was erwartete man von ihr, außer daß sie für die Beerdigung der Toten zuständig sei?

Die Antwort ist einfach: Gar nichts! Über die Kirche nachzudenken, war in den Tagen des März 1848, in denen in Stunden geschah, was vorher nicht in Jahren und Jahrzehnten, keine Zeit, einmal abgesehen von denen, die sich berufsmäßig damit zu befassen hatten, den Geistlichen und Mitarbeitern im Kultusministerium. So versammelte sich der Politische Club nicht nur täglich um 19 Uhr, sondern auch sonntags um 9 Uhr. Als Begründung dafür hieß es: „Herrendienst geht vor Gottesdienst, wir arbeiten für die Nation, wer in die Kirche muß, mag hingehen.“ (ebenda, Bd. 1, S. 397) Eine allgemeine deutsche Versammlung zur kirchlichen Beratung wurde für Pfingsten in Eisenach angesetzt. Sie mußte jedoch verschoben werden, „teils weil in mehreren Ländern Vorberatungen beabsichtigt werden, welche bei den großen staatsbürgerlichen Aufgaben unserer Tage noch nicht haben stattfinden können, teils weil der Aufschub von den gastlichen Bewohnern Eisenachs aus mehr als einem Grunde gewünscht wird.“ (ebenda, Bd. 3, S. 218) Sie beherbergten lieber die Studenten aller deutschen Universitäten, die sich zu Pfingsten auf der Wartburg trafen.

Bei alledem hatte die Stimmung in Berlins Bevölkerung seit dem Abzug des Militärs am 19. 3. einen religiösen Charakter angenommen. Wie die Menschenmassen im Angesicht der Gefallenen immer wieder den Choral „Jesus meine Zuversicht“ anstimmten, so nahm auch ihre Sprache einen religiösen Schein an, wenn auch trotz Verwendung vieler biblischer Bilder und Worte keinen biblischen. Zum Beispiel rief der Tierarzt Urban anlässlich der Diskussion des Verfassungsentwurfes seine Mitbürger auf: . . . „Es gilt ein neues Reich zu gründen. Das große Werk menschlicher Veredlung, die Freiheit des Geistes soll errungen werden. Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Das Kind der Freiheit ist geboren, es soll und muß auch frei erzogen und frei gebildet werden. Unser Ministerium aber will das Kind nicht anerkennen, es will den jungen Wein in alte, morsche Schläuche füllen, . . .“ (ebenda, Bd. 3, S. 37)

Unkritisch und unkritisiert konnte man so sprechen. Und doch läßt sich an dieser Sprache und der Häufigkeit der Benutzung solcher Wörter wie „heilig“, „Versöhnung“, „Vergebung“, „Sühne“, „Opfer“, „Altar“ u. ä. ablesen, welche politische und soziale Stellung jemand damals hatte.

Am häufigsten treten solche religiösen Worte, Wendungen und Bilder in den Reden des Königs, der weitgehenden adligen Reaktionen aus den preußischen Provinzen und solcher Bürger auf, die sich für die Versöhnung der Bürger mit dem Militär einsetzen. Zu ihnen gehört vor allem der oben zitierte Tierarzt und Barrikadenkämpfer Urban und ein Herr Eckert. Beide verloren aufgrund ihrer zwielichtigen Haltung bald ihren Einfluß auf das Volk, den sie anfangs als Organisatoren großer Volksversammlungen gewonnen hatten. Urban gelang eine Rückkehr in die Politik mit dem oben genannten Aufruf, bis er wegen angeblichen Aufrufs zum Zeughaussturm vor Gericht gestellt wurde. Er mußte jedoch freigesprochen werden.

Andere Volksredner und -führer dieser Zeit, die konsequenter in ihren Forderungen und weitblickender in der Politik waren, wie Jung, Nauwerck, Berends u. a., enthielten sich weitgehend solcher religiöser Begriffe, wenn diese auch in

ihren Reden nicht völlig fehlten. Gegenüber dem Rufen eines Urban u. a. nach Versöhnung und Vergebung in den Tagen nach dem 18. März forderten sie, daß individuelle Interessen und Gefühle dem Interesse um die politische Zukunft untergeordnet werden müssen. In der „Berliner Zeitungshalle“, dem bedeutendsten Presseorgan in der Berliner Revolution, entgegnet G. Julius jenen, die wie die Prediger von Frieden und Versöhnung reden: „Wer jetzt den Frieden empfehle . . ., empfiehlt den Krieg!“ (ebenda, Bd. 1, S. 384)

In diesen linken bürgerlichen Kreisen in Berlin, die sich vor allem im Politischen Club, dem späteren Demokratischen Club, trafen, waren neben harter Kritik des vormärzlichen Kultusministers Eichhorn ebenso wie auf den großen Volksversammlungen und Wahlveranstaltungen dieser Zeit sehr kirchenkritische Töne gegen „Pfaffen“, „Frömmelei“, „Jesuitismus“ zu hören, womit die vom König begünstigte Frömmigkeitsrichtung in der Zeit des Vormärz gemeint war.

Für manche der Gebildeten aber war selbst der Glaube an einen Gott eine Zumutung und eine veraltete Sache. So wurde z. B. im Konstitutionellen Club vorgeschlagen und beschlossen, eine Kollekte zur Bildung einer deutschen Flotte zu veranstalten, so wie man früher für Kirchen kollektiert hätte. Auch bildete sich sofort ein „Verein der Freimütigen“, als der Berliner Magistrat entsprechend der Städteordnung die Wahlen zu der Stadtverordnetenversammlung im Anschluß an die Gottesdienste in den Kirchen stattfinden ließ und befahl, die Türen nach Beginn der Gottesdienste geschlossen zu halten, so daß nur der zur Wahl gehen konnte, der vorher beim Gottesdienst war. „(M)it welchem Recht“, wurde gefragt, „werden die achtbarsten Klassen der Gesellschaft, Beamte, Lehrer, Literaten, Ärzte, Advokaten als Nichtbürger von der Teilnahme an städtischen Angelegenheiten ausgeschlossen?“ (ebenda, Bd. 2, S. 552) Der Minister des Innern erließ auf die Beschwerde hin die Anordnung, daß nach dem Gottesdienst eine Pause sein solle und die Türen zu öffnen seien.

Wie die Wahlversammlungen und Wahlen in den Berliner Kirchen schon zeigen, für den Magistrat und einen großen Teil der Bürger gehörten die Kirchen, vor allem als Gebäude, zum Leben dazu. So ordneten sie aus Gründen der Arbeitsbeschaffung für die hungernden Arbeiter u. a. auch den Bau dreier neuen Kirchen an. Aber „heilig“ war ihnen in erster Linie ihr Eigentum.

Bei den in den Kirchen stattfindenden Versammlungen hatte manch einer Freude an der Entweihung dieser Räume durch Tumulte und entsprechende Zwischenrufe. Wenn sich einige sogar mit ihrem Unglauben brüsteten und Stadtverordnete den Antrag stellten, nun u. a. auch die Prediger zur Mietssteuer heranzuziehen, und ihnen damit ein Privileg nahmen, so waren sie doch jedenfalls in diesen ersten Monaten nicht eigentlich den Pfarrern und Kirchen feindlich gesinnt, wie es später in der Zeit der Reaktion der Prediger Henry behauptete: „Es wurde uns oft gesagt, daß die Demokraten nichts so sehr haßten als die Offiziere und die Geistlichen . . .“²

Wer anders wollte dies die Prediger glauben lassen als die, die sich einen Nutzen davon versprachen, wenn die Prediger gegen die Demokraten auftraten? Und so wie der Prediger Henry stolz auf diesen „Haß“ der Demokraten war, weil

er ihm half, sich gegenüber harten Angriffen wegen seiner Teilnahme an der Beerdigung der Märzgefallenen zu verteidigen, und ihm dieser Haß in der Zeit der Reaktion nutzte, so waren er und alle, die ähnlich dachten, es schließlich auch, die den Haß durch ihre Haltung in der Zeit der beginnenden Reaktion und der besiegten Revolution erst produzierten.

4.

Was besonders die adligen, rechten und gemäßigten bürgerlichen Kräfte täglich taten, nämlich christlich-religiöse und biblische Ausdrücke und Bilder, mit einem fremden Inhalt verbunden, in ihre Reden einzuflechten, das tat auch ein junger Gutsbesitzerssohn und Student, Adolf Schlöffel, der sich für das Wohl der Arbeiter einsetzen wollte und zu diesem Zweck die Zeitschrift „Der Volksfreund“ gegründet hatte. Er wollte in dessen 5. Nummer zu einer großen Demonstration aufrufen, die für Gründonnerstag 1848 geplant war und mit der direkte Wahlen erkämpft werden sollten. Er begann seinen Artikel folgendermaßen:

„Auf den grünen Donnerstag wollen wir mit dem Ministerium Camphausen das Abendmahl feiern, auf daß es gekreuzigt werde. Einst haben die Juden Barnabam freigegeben, um einen großen Volksaufwiegler und Revolutionär, der Jahrtausende lang als ‚Gott‘ verehrt werden sollte, zu hängen.“ (ebenda, Bd. 2, S. 238) Schlöffel wurde wegen dieses Aufsatzes verhaftet und erhielt das erste Presseverfahren, das nach der Aufhebung der Pressezensur in Berlin durchgeführt wurde und viel Aufsehen erregte. Angeklagt wurde er wegen Verleitung zur persönlichen Mißhandlung des Staatsministers Camphausen. Bei seiner Vernehmung, der Gerichtsverhandlung und der Diskussion dieses Falls ging es um die politischen Absichten Schlöffels. An keiner Stelle warf man ihm vor, die Bibel mißbraucht zu haben. Darauf mußte Schlöffel erst selbst die Öffentlichkeit und das Gericht aufmerksam machen, was aber nicht weiter beachtet wurde.

Er sagte in seiner Verteidigungsrede: „Der Volksfreund knüpft sein kritisches Mißvergnügen über das Ministerium an die populären christlichen Gedächtnisschätze an und sucht das Ministerium zugleich mit der Religion unpopulär zu machen. Mich wundert es daher ernstlich, daß das christliche Landrecht so einseitig war, nicht auch das christliche Bewußtsein schützen zu wollen, wozu ihm doch der § über die ‚Verspottung christlicher Religionsgemeinschaften‘ genügenden Anlaß bot. Wir ziehen daraus die weise Lehre, daß der Polizeistaat sich nur in seinen ruhigeren, besonneren und glücklicheren Tagen um seine christliche Schwester gekümmert hat, daß er aber durch die Revolution geängstigt und eingeschüchtert von der Hand nichts von ihr erwartet. Der eigensüchtige, treulose Polizeistaat gibt sie den Volksfeinden preis.“ (ebenda, Bd. 2, S. 486)

Schlöffel erhielt sechs Monate Festungsarreststrafe. Sein Vater, der schlesische Gutsbesitzer, beschwerte sich im Politischen Club, daß in Schlesien, wo alles Eigentum in Frage gestellt sei, die Bauern auf die Speicher der Gutsherren gehen und nicht bestraft würden, hier dagegen sein Sohn wegen eines Wortes.

Wo Eigentum, Privilegien und soziale Machtpositionen angefragt wurden, da hatte man keine Zeit darüber nachzu-

denken, was das Wort Gottes der Heiligen Schrift wirklich dazu sagte, da konnte und mußte es nur noch dazu dienen, in entsetzlich verkürzter, ausgehöhlter Form, geschrumpft auf einige zentrale Begriffe eben diesem Eigentum, diesen Privilegien und Machtpositionen eine Weihe und Kraft zu geben, die sie unantastbar machen sollten: das „heilige Eigentum“, „der Altar des Vaterlandes“, die „heilige Person“ bzw. die „heiligen Gefühle des Königs“ und nicht zuletzt das „Königtum von Gottes Gnaden!“.

Dagegen spielten christlich-religiöse Motivationen bei Aufrufen zur Hilfe für die Hinterbliebenen der Gefallenen oder die hungernden Arbeiter kaum eine Rolle. Geholfen wurde denen, mit denen man politisch ein Bündnis eingegangen war oder ein solches wünschte, und auch nur so lange, wie dieses Bündnis währte. Patriotische Motive standen im Vordergrund.

Bürgerliche Vereine für Arme, die nicht an einem Bündnis interessiert waren, sondern deren Not zwecks politischer Beruhigung der Arbeiter zu lindern versuchten, fanden in dieser Zeit wenig Anklang.

Viel bedeutender dagegen waren Unternehmen zur Selbsthilfe der Betroffenen, sowohl unter den kleinen Fabrikanten wie unter den Arbeitern, und die von den Arbeitern erkämpften Zugeständnisse der Unternehmer. So gingen die zahlreichen sozialen und humanitären Aktivitäten dieser Zeit ebenso wie die politischen Solidaritätsaktionen für Polen und Schleswig-Holsteiner fast ausschließlich aus politischen Motiven hervor.

Der schon 1844 geplante Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse drückte seine Tendenz so aus: „(D)urch die Kraft des moralischen Einflusses und die Förderung desselben zu treffenden Einrichtungen unter tätiger Mitwirkung der arbeitenden Klassen selbst (solle) der sittliche und wirtschaftliche Zustand derselben allmählich gehoben und ein auf Wohlwollen gegründeter unzerstörbarer Bund zwischen ihnen und den anderen Klassen der Gesellschaft mehr und mehr befestigt werde(n).“ (ebenda, Bd. 1, S. 409) Da dieses Statut von der Regierung nicht bestätigt wurde und 1847 auch ein revidiertes nicht, konnte sich der Verein erst nach der Revolution und der dann endlich erfolgenden Genehmigung konstituieren.

Von der in Berlin herrschenden theologischen Richtung waren solche Anstöße zu humanitärer Hilfe nicht zu erwarten. In einem Plakat heißt es: „... (D)ie Hengstenbergische evangelische Kirchenzeitung fährt noch in demselben Geiste fort zu wirken wie damals, wo sie Prügel, Hunger und Elend für einen warmen schützenden Pelz erklärte, den man der Armut nicht rauben müsse.“ (ebenda, Bd. 2, S. 533f.) Der Hofprediger F. Strauß predigte am 30. Juli 1848: „Die Armut ist bitter... Unsere Väter freilich konnten sie ertragen durch Genügsamkeit und Ergebung in Gottes Willen. Aber unsere Armen wollten sich selber helfen. Da sie das auch nicht vermögen, sind sie auf dem Wege, sich selbst und das ganze Volk elend zu machen.“³

Öffentlich erkennbar blieb von der christlichen Botschaft bei den Bürgern nur vereinzelt der Glaube daran übrig, daß alles, was geschieht, Gottes Wille ist und in Gottes Hand ruht, ein Gefühl der Sicherheit und der eigenen Verantwortung. Gott war für sie der, der auf die Taten der Menschen reagiert.

5.

Anders als bei den Bürgern fehlten in den Reden der Arbeiter, die sich seit dem März 1848 auf den Volksversammlungen erstmals selbst öffentlich zu Wort melden konnten, religiöse Begriffe und Bilder fast völlig. Sie redeten über ihre harte Lebenswirklichkeit und machten konkrete Vorschläge, wie diese zu bessern sei. Fakten wurden aufgezählt, die allein schon Bände sprechen. 14 Stunden Arbeitszeit und dazu vier Stunden Wegzeiten täglich war nichts Besonderes!

Gefordert wurde u. a. auch Bildung, vor allem politische Bildung. Der Buchdrucker Brill erhielt langen, stürmischen Beifall für seine Rede, die er am 26. 3. 1848 bei der Volksversammlung vor dem Schönhauser Tor hielt und mit den Worten schloß: „Wir kennen alle das Ministerium Eichhorn. Dieses Ministerium vertröstete uns mit dem Jenseits, wenn wir ihm unsere diesseitige Not klagten: Leute, nach dem Tode werdet ihr alles bekommen. Es schickte in alle Gemeinden Pastoren und Lehrer, die die Kinder mit Bibelsprüchen verdummen mußten. Durch eine solche Erziehung konnte der bedrückten Menschheit keine Hilfe werden. Die Hilfe für die Menschheit kommt aus ihr selbst. Jeder hat den Heiland in seiner Brust!“ (ebenda, Bd. 1, S. 437)

Die Arbeiter erfuhren in dieser Zeit, daß geistige Nahrung und politische Bildung so wichtig für sie seien wie das tägliche Brot. Sie kritisierten die vormärzliche Regierung, die ihnen eine solche nicht ermöglicht hatte. Aber während sie die Lehrer als Verbündete in ihrem Kampf ansahen, war von den Pastoren nicht mehr die Rede.

In ihrem politischen Kampf kamen die Arbeiter 1848 ohne die Bibel und ohne Kirche und auch ohne die scheinbare Anlehnung an beide aus, anders als der Adel und vor allem die rechten Kräfte des Bürgertums.

Marx und Engels waren damals in der Öffentlichkeit noch unbekannt, und ihre Schriften, z. B. das Kommunistische Manifest, wurden in Berlin noch nicht öffentlich diskutiert, jedenfalls noch nicht in den ersten vier Monaten der Revolution, die die Berliner Revolutionschronik beschreibt. So muß geschlußfolgert werden, daß der Marxismus als wissenschaftliche Lehre vom Kampf der Arbeiterklasse atheistisch wurde, weil die Arbeiter in ihrem politischen und sozialen Kampf ohne biblisch-christliche oder auch nur scheinchristliche Argumente auskamen. Sie besaßen nichts, was sie mit einem Schleier und der Magie von religiösen Symbolen hätte umgehen müssen, um es zu erhalten. Im Gegenteil, im politischen Kampf konnte ihnen nur die schonungslose Aufdeckung der nackten Tatsachen helfen.

So führten sie ihren politischen Kampf ohne religiöse Motivationen und Argumente, ebenso wie jene bürgerlichen Demokraten, denen die Durchsetzung von Demokratie und deshalb das Bündnis mit den Arbeitern wichtiger war als die Furcht, vom eigenen Wohlstand etwas einzubüßen. Dies darf aber nicht zu dem Urteil führen, daß damals die Arbeiter und jene Demokraten in ihrer Mehrzahl schon unchristlich waren. Eine Analyse von Briefen aus dieser Zeit, Alltagsliteratur u. ä. würde sicher ein anders geartetes Bild von der Religiosität dieser Menschen entstehen lassen.

In dieser Zeit nun, in der sich erstmals in der deutschen Geschichte alle Schichten und Klassen der Bevölkerung

öffentlich zu Wort melden konnten, wenn auch jeweils nur die Männer, wollten auch die Geistlichen genausowenig wie irgendeine andere Berufsgruppe darauf verzichten, ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Bisher hatte es der König für oder auch gegen sie getan, und sie hatten sich an ihn und seine Regierung zu wenden. Nun aber war die Macht des Königs wankend, die Regierung stand zwischen den Fronten und hatte wenig Handlungsspielraum.

So versuchte man auf dem Weg über die Wahl in die Nationalversammlung und die Gründung von Vereinen seine eigene Stellung zu festigen, was vor allem der katholischen Kirche gelang. Außerdem nutzte man das Privileg, das man immer noch besaß, die öffentliche Rede der Predigt zur Geltendmachung der eigenen Interessen.

In den ersten Wochen der Revolution bestanden ihre Interessen darin, es mit keinem zu verderben, weder mit dem Volk noch mit dem König. Dann, als die Stimmen der Reaktion immer stärker wurden, und in dem Maße, in dem sie sich vermehrten, wendete man sich zur Reaktion. Jedenfalls wurden in dieser Zeit, soweit man es heute noch beurteilen kann, bis auf wenige Ausnahmen allorts politische Predigten gehalten, und zwar erstmals in der Geschichte der evangelischen Predigt in Deutschland. Noch in den Befreiungskriegen hatte der Berliner Hofprediger F. S. G. Sack auf politische Predigten ausdrücklich verzichtet und seiner Gemeinde durch Broschüren seine politische Meinung kundgetan.

Zuerst, am Sonntag des Kampfes, dem 19. März, hatten die Prediger vor Schreck geschwiegen. Dann atmeten all jene befreit auf, die wegen ihrer theologischen Ansichten unter dem alten Kirchenregime zu leiden gehabt hatten, und bemühten sich um Mitarbeit bei der Gestaltung der neuen Ordnung. Sie überhäuften das Kultusministerium mit Bitten um Wiedereinstellung von amtsenthobenen Pfarrern und Dozenten und um Amtsenthebung mißliebiger Vorgesetzter. Wieder andere versuchten unter Anerkennung der neuen Situation zu retten, was vom Alten noch zu retten war, oder die Lage zum Vorteil der Kirche auszunutzen. Und nicht zuletzt trumpften, als das Blatt sich zu wenden begann, jene auf, die als „Mucker“ und „Frömmeler“ bei Bürgern und Arbeitern schon seit langem auf Ablehnung gestoßen waren. Die Probleme der hungernden Arbeiter aber kamen ihnen allen – bis auf den Theologiestudenten Arnold – nicht in den Blick. Daß Wichern mit seinen Reden auf dem Kirchentag im September 1848 in Wittenberg zur Gründung der Inneren Mission aufrief, änderte wenig daran: Die Probleme der Arbeiter blieben den Pastoren bis heute weithin unwichtig und fremd.

¹ Siehe Karl Haenchen, *Revolutionsbriefe 1848*. Ungedrucktes aus dem Nachlaß Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, Leipzig 1930, S. 23, Brief vom 23. 2. 1848

² Henry, Paul: Sendschreiben an mehrere Geistliche in der Provinz . . . über seine Teilnahme an der Leichenfeierlichkeit auf dem Friedrichshain am 22. März 1848, In: *Evang. Kirchenzeitung 1848*, Sp. 500–508, Sp. 506 (Nr. 53 und 54 vom 4. und 7. Juli).

³ Siehe Ernst Schubert, *Die evangelische Predigt im Revolutionsjahr 1848*. Ein Beitrag zur Geschichte der Predigt wie zum Problem der Zeitpredigt. Gießen 1813, S. 74.

Die Zitate sind an die heutigen Rechtschreibregeln angeglichen.